

Offener Brief

An den Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers
und die Fraktionen des Landtages NRW

Sehr geehrter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers,
sehr geehrte Damen und Herren der Landtagsfraktionen NRW

Aus Anlass der 1. Lesung des Gesetzentwurfes zur Novellierung des Landesmediengesetzes am Freitag, den 26.01.07 im Landtag NRW, wenden wir uns in einem Offenen Brief an Sie mit der Forderung, die Situation des Bürgerfunks in NRW durch den eingebrachten Gesetzentwurf nicht zu verschlechtern.

Bei den Redakteuren der Bürgerfunksendungen aus dem „Eine- und Umweltbereich“ sowie dem „Interkulturellen Bereich“ herrschen Wut und Entsetzen über das, was Politiker und Betreiber der privaten Lokalsender über die Neufassung des Landesmediengesetzes (LMG) mit dem Bürgerfunk vorhaben. Sie reden von Reform und meinen die Austrocknung und damit die Zerschlagung des Bürgerfunks zu Gunsten von noch mehr Konsum fördernder musikalischer Dauerberieselung und noch mehr Werbung.

Gerade die Redakteure aus dem Eine- und Umweltbereich fühlen sich ein drittes Mal von der jetzigen schwarz - gelben Koalition betrogen und getäuscht. Zuerst entziehen Sie den Eine- und Umweltgruppen die finanzielle Basis für ihre ach so gelobte ehrenamtliche Arbeit mit Verweis auf die Stiftung NRW. Danach widmen Sie die Gelder der Stiftung um und wieder stehen Eine- und Umweltgruppen buchstäblich auf dem Trockenen. Mit der Novellierung des LMG entziehen Sie gerade diesen Gruppen die Möglichkeit, sich und ihre Arbeit über den Bürgerfunk einem breiteren lokalen Publikum zu präsentieren und für ihre Arbeit und Veranstaltungen zu werben.

Bezug nehmend auf die Pressekonferenz vom 09.01.07 der medienpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und FDP wollen wir zu einzelnen Punkten der Novellierung und ihrer Begründung dezidiert Stellung nehmen.

Die Begrenzung des Bürgerfunks auf eine Stunde pro Tag und die Verlegung der Sendezeit nach 21.00 Uhr wird folgendermaßen begründet: „...eine Verschiebung des Bürgerfunks auf den gewählten Zeitpunkt sichert eine längere „Durchhörbarkeit“ des Programms und verhindert ein frühes Abschalten der Mehrheit der Radiohörer, die an einem Standardformat interessiert sind.“

Im Klartext bedeutet das für den Bürgerfunk eine Halbierung der Sendezeit und eine Abschiebung auf unattraktive Sendezeiten.

Weiter hieß es in der Pressekonferenz: „Die frühere gesetzgeberische Intention für den Bürgerfunk in NRW war Partizipation, Medienkompetenzvermittlung und lokalpublizistische Ergänzung (Vielfaltsreserve). Die CDU und FDP haben vereinbart, dass die Intention des Bürgerfunks „Partizipation“ und „Vielfaltsreserve“ mit der Novellierung des LMG im Vergleich zur Förderung der Medienkompetenz in den Hintergrund rückt. Denn eine Partizipation der Bürger und Gruppen ist heutzutage bereits weit reichend im Internet und anderen Medien möglich (Podcast, Internetseiten etc.).“

Warum wollen CDU und FDP ausgerechnet die partizipatorischen Komponenten und die Meinungsvielfalt im Bürgerfunk zurückdrängen? CDU und FDP führen ständig das Wort von Bürgergesellschaft und Bürgerbeteiligung im Mund. Wollen sie bürgerschaftliches Engagement und Meinungsvielfalt zurückdrängen, wo es politisch und wirtschaftlich nicht opportun ist?

Durch den Hinweis auf Internet und Podcast ignorieren die medienpolitischen Sprecher der CDU und FDP die Ziele und Möglichkeiten von Internet und Podcast. Mit der gleichen Begründung könnte man die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die durch Gebühren der Radiohörer finanziert werden, abschaffen. Auch bei ihnen sind große Teile der Sendungen als Podcast im Internet verfügbar. Internetseiten und Podcast sind nur als Ergänzung und zusätzlicher Service für interessierte Bürger und Bürgerinnen gedacht.

Durch die Verlagerung der Schwerpunktsetzung in den Bereich ‚Medienkompetenzförderung in Schulen‘ wird völlig ignoriert, dass gerade im Bürgerfunk viele Jugendliche durch aktive Beteiligung (Praktika und eigene Sendungen) Medienkompetenz erworben haben und auch weiter erwerben können. Die Umleitung der Finanzmittel vom Bürgerfunk in die Schulen entzieht dem Bürgerfunk die finanzielle Basis und damit auch die Infrastruktur (qualifiziertes Personal und Studios).

Noch ein Wort zur geforderten Pflicht zur Deutschsprachigkeit von Bürgerfunksendungen. Die Untersuchung von Prof. Volpers (Bürgerfunk in NRW), eines Experten, auf den sich die medienpolitischen Sprecher von CDU und FDP immer wieder berufen, stellt fest: „Innerhalb des Bürgerfunks in NRW spielen fremd- und gemischtsprachige Programmangebote kaum eine Rolle... Lediglich in sechs Verbreitungsgebieten wurden im Untersuchungszeitraum entsprechende Sendungen ausgestrahlt, wobei acht Sendungen speziell für Migranten produziert waren.“ Die Argumentation gegen fremdsprachliche Beiträge entbehrt jeglicher Grundlage und legt den Verdacht nahe, dass dieses Hilfsargument aus Akzeptanzgründen für die Novellierung des LMG durch breite Bevölkerungskreise auch fremdenfeindliche Vorurteile, bewusst oder unbewusst, mit einschließt.

Gerade diese Forderung empört die Redakteure der Menschenrechts-, Eine- und Umweltgruppen, versuchen sie doch gerade durch ihre Arbeit vor Ort und in ihren Sendungen klare Zeichen für Verständigung und gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zu setzen.

Wenn alle Argumente ausgetauscht sind, wird von Politikern und Betreibern der Lokalsender die angeblich schlechte Qualität des Bürgerfunks ins Feld geführt. Für die Macher des Bürgerfunks ist dieser pauschal erhobene Vorwurf eine Beleidigung. Mit der gleichen Pauschalierung könnte man auch kontern: Die Qualität des Bürgerfunks ist allemal besser als die des täglichen „Dudelfunks“ der lokalen Sender.

Die Redakteure der Menschenrechts-, Eine- und Umweltgruppen und der interkulturellen Arbeit fordern Sie auf, den Bürgerfunk in seiner jetzigen Intention und finanziellen Ausstattung beizubehalten. Sollte es den Privatanbietern des lokalen Rundfunks aus rein kommerziellem Kalkül gelingen, den ungeliebten Bürgerfunk dank schwarz - gelber Koalition aus ihren Sendern zu verdrängen, fordern wir einen gleichwertigen Ersatz mit eigenen lokalen Frequenzen.

Überdenken Sie ihr Vorhaben. Durch die beabsichtigte Zurückdrängung von Partizipation, Meinungsvielfalt und die Einschränkung des Zugangs zum öffentlichen Radio für alle Bürger fördern Sie den Abbau von Demokratieakzeptanz und zunehmende Politikverdrossenheit. Verspielen Sie nicht noch den Rest an Glaubwürdigkeit und Reputation bei einem sehr engagierten Teil der Bevölkerung.

Für den SprecherInnenrat des
Eine Welt Forum Münster e. V.

Dr. Ludger Weckel

Dieser offene Brief wird mitgetragen und unterstützt vom:

Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit Münster

AG Lokale Agenda 21 Münster

Umweltforum Münster

„Münster solidarisch“

Stadtradio Münster

Medienforum Münster

Gesellschaft für bedrohte Völker